

FDP sieht langfristig Spielraum für Steuersenkungen

KOALITIONSVERHANDLUNG Eltern können sich auf mehr Geld freuen

VON T. KRÖTER UND M. DECKER

Berlin. Während Union und FDP sich gerade erst über den finanziellen Rahmen ihrer Politik verständigt haben, zeichnen sich die ersten kostspieligen Vorhaben ab. An der Spitze: Die Erhöhung von steuerlichem Kinderfreibetrag und Kindergeld. Das bestätigten der stellvertretende FDP-Chef Rainer Brüderle und CSU-Landesgruppenchef Peter Ramsauer. Nach Informationen des „Kölner Stadt-Anzeiger“ wird an einem auf mehrere Jahre angelegten Stufenplan gearbeitet. Denn anders sei die Finanzierung des bis zu zehn Milliarden Euro teuren Projekts nicht zu leisten, hieß es.

Nach Auffassung von FDP-Generalsekretär Dirk Niebel hat die finanzielle Bestandsaufnahme gezeigt, dass es finanziellen Spielraum für Steuersenkungen gebe. Seine CDU-Kollege Ronald Pofalla sagte, man habe sich

auf einen Finanzrahmen verständigt, der die Grundlage der weiteren Verhandlungen bilde. Danach geht die künftige Regierung von einem strukturellen Defizit von über 34 Milliarden Euro bis zum Ende ihrer Amtszeit aus, das durch Etatkürzungen ausgeglichen werden muss. Bei einer Verbesserung des Wirtschaftswachstums könne es aber niedriger ausfallen.

Die Koalition will die Ausgaben von Bund und Ländern für Bildung und Forschung bis 2015 auf zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts steigern – sieben Prozent für die Bildung, drei Prozent für die Forschung. Die Ausgaben für die Bildung lagen zuletzt bei knapp 6,5 Prozent. Damit werden mittelfristig Mehrausgaben in zweistelliger Milliardenhöhe nötig.

Die FDP-Forschungsexpertin Ulrike Flach sagte dem „Kölner Stadt-Anzeiger“: „Bildung und

Forschung ist das große Zukunftsthema. Die Ausgaben müssen steigen.“

CDU-Bildungspolitiker Michael Kretschmer sekundierte: „Die wichtigste Priorität der Union ist der Kampf gegen die Bildungsarmut.“ Kretschmer mahnte allerdings die FDP, es bringe nichts, „mit einem irren Ausgabenprogramm in die Schlussrunde“ der Koalitionsverhandlungen zu gehen.

Warnung

Die „Fünf Wirtschaftsweisen“ haben FDP und Union vor schuldenfinanzierten Steuersenkungen gewarnt. Mit Blick auf die Koalitionsverhandlungen mahnte der Sachverständigenrat: „Für nennenswerte Steuersenkungen besteht auf absehbare Zeit kein finanzieller Spielraum.“ (rtr)